

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

Baustellen koordinieren – Beeinträchtigungen reduzieren
Drucksachen 19/1955, 19/2209 und 19/2453 – Zwischenbericht

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr
Klimaschutz und Umwelt
IV AbtL Bauko
Tel.: 9025-1581

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

M i t t e i l u n g

- zur Kenntnisnahme -

über

Baustellen koordinieren – Beeinträchtigungen reduzieren

- Drucksachen Nr. 19/1955, 19/2209 und 19/2453- Zwischenbericht -

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 13.02.2025 Folgendes beschlossen:

„Der Senat wird aufgefordert, Sorge dafür zu tragen, dass eine verbesserte Koordinierung von Baustellen im öffentlichen Straßenland erfolgt und das seit dem 1. Januar 2014 geltende Aufgrabeverbot eingehalten wird. Hierzu sind die Berliner Bezirke als Straßenbaulastträger anzuhalten, den Baustellenatlas der Firma infrest-Infrastruktur eStrasse GmbH verpflichtend auch für eigene Baumaßnahmen zu verwenden und dort

sämtliche geplante Baumaßnahmen einzutragen und eine zeitliche und räumliche Koordinierung vorzunehmen.

Die Antragstellung für die Sondernutzung des öffentlichen Straßenlandes für solche Baumaßnahmen soll fortan ausschließlich digital möglich sein.

Der Senat wird zudem aufgefordert, den Bezirken die Organisation einer sog.

Baustellenkoordinierungsrunde, die mindestens einmal jährlich mit allen relevanten im öffentlichen Straßenland agierenden Tiefbauunternehmen bzw. deren Auftraggebern tagt, nahezulegen und an diesen Runden selbst teilzunehmen, um Interdependenzen bzw. Konfliktpotentiale zwischen Baumaßnahmen in unterschiedlichen Bezirken zu identifizieren und zu vermeiden.“

Hierzu wird berichtet:

Aufgrund der komplexen Akteursstruktur im Themenfeld sind umfangreichere Abfrage- bzw. Abstimmungsprozesse und der Aufbau benötigter Strukturen notwendig.

Ich bitte daher, die Frist zur Vorlage des Berichts bis Ende Oktober 2025 zu verlängern.

Berlin, den 22.08.2025

Ute Bonde

Senatorin für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt